

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
IX / 2002

Recht, Gerechtigkeit und Frieden

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2001
- MUSICA PRO PACE 2001
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

Universitätsverlag Rasch Osnabrück

Wie weiter zwischen Israelis und Palästinensern?

Statements und Diskussion im Rathaus der Stadt
am 10. Mai 2001

Uri Avnery

Gründer der israelischen Friedensbewegung *Gush Shalom*,
Träger des Erich-Maria-Remarque-Friedenspreises der Stadt Osnabrück

Abed Othman

Palästinensischer Journalist bei der *Deutschen Welle*, Köln

Inge Günther

Korrespondentin der *Frankfurter Rundschau* in Jerusalem (Gesprächsleitung)

Inge Günther: In Deutschland wird meist unwillkürlich nach dem *Friedensprozess* im Nahen Osten gefragt. In Jerusalem, wo ich seit fünf Jahren lebe, hört man in der letzten Zeit nur noch die Frage: »Wie geht es weiter mit diesem Krieg?«, und manche reden von »Zermürbungskrieg«.

Der Begriff »Friedensprozess« wird eher mit Verachtung benutzt. Das liegt an den Erfahrungen mit dem in Oslo geschlossenen Abkommen und daran, dass der Begriff zu Propagandazwecken benutzt wird. Premier *Sharon* hat schon im Wahlkampf viel vom Frieden gesprochen, den er besser als jeder andere zu machen verstehe. Die Israelis waren geneigt, jemandem zu glauben, der eine starke Hand beweist.

Was ist bei den Friedenskonferenzen in Camp David, in Taba am Roten Meer falsch gemacht worden? »Camp David« brachte in vieler Hinsicht Fortschritte, »Taba« hat beide Seiten weiter zusammengeführt, ohne dass dies ausgereicht hätte. Denn die Regierung *Barak* war nicht mehr in der Lage, für sich eine Mehrheit zu mobilisieren, ebenso wenig wie die Palästinenser imstande waren, zumindest mit einigen ihrer »Tabus«, wie etwa der Flüchtlingsfrage, realpolitisch umzugehen.

Insofern hatten die in deutschen Zeitungen detailliert vorgestellten, pragmatischen, realpolitischen Lösungsvorschläge mit ihren Teilungsplänen für Jerusalem und Regelungen einer geteilten Hoheit über die Altstadt und den Tempelberg keine Chance.

Die Situation ist geprägt von tiefem Hass und tiefem Misstrauen. Die jetzt zu vernehmende Sprache der Gewalt wird allerdings in anderer Weise rezi-

piert, als die jeweils gegnerische Partei es beabsichtigt. Von Seiten der Israelis hört man: »Wir müssen den Palästinensern beibringen, dass sie auf dem Weg der Gewalt keine Chance haben, sondern damit aufhören müssen«. – Dabei wenden die Israelis selbst Gewalt an.

Viele Palästinenser sehen demgegenüber in der *Intifada*, im bewaffneten Kampf, das effektivste Mittel, um einen Siedlungsstopp zu erreichen. Man setzt darauf, dass die Siedler sich aus Sorge um ihre eigene Sicherheit eher entschließen wegzuziehen.

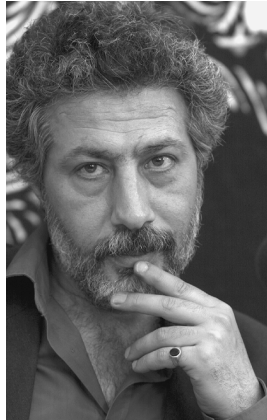
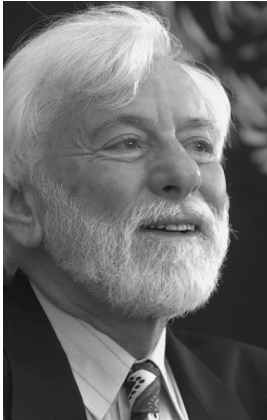
Die Situation der Palästinenser ist schwer erträglich: Während einer Reise durch die Westbank kam ich kürzlich in ein nördlich von Ramallah gelegenes, vollständig unter Blockade stehendes Dorf. Dort stand ein Militärposten mit einer über die Straße gelegten Nagelkette Wache. Für uns zog man die Kette beiseite, nicht aber für die palästinensischen Bewohner und auch nicht für Lieferwagen voller Obst und anderer Frischwaren und was sonst in dem Dorf benötigt wurde. Alte Frauen mussten, in langer Reihe anstehend, sogar ihr eingekauftes Brot kontrollieren lassen. Andere Dorfbewohner mit alltäglichen Bedürfnissen und Anliegen wie möglicherweise einem Arztbesuch versuchten, über einen steinigen, felsigen Berg, bewachsen mit Dornengestrüpp, die Blockade zu umgehen. Wer sportlich ist, dem fällt das leicht, ansonsten ist das eine große Mühsal. Solche Erlebnisse können leicht zum Ausgangspunkt für neue Attentate werden.

Ein israelischer Bekannter bedauerte zwar solche Maßnahmen, befand aber, Israel habe keine andere Wahl. Sharon müsse hart durchgreifen, damit die Palästinenser begriffen, dass sich ihr Aufstand für sie nicht auszahle.

Ein anderes Gespräch mit palästinensischen Freunden – nicht sehr politisierte, sondern einfache Leute – ergab, dass bei aller bestehenden Hoffnung auf eine gewisse Normalität im Verhältnis zu Israel keine andere Lösung vorstellbar sei, als eine, die ihre Würde respektiere. Das ist ein Schlüsselwort für die ganze Problematik, und solche Reaktionen erlebt man auch in den Flüchtlingslagern, wo die Bewohner in sehr bescheidenen bis erbärmlichen Verhältnissen leben. In den Trümmern ihrer bombardierten Häuser richten die Menschen Zelte auf und bekunden damit ihren Anspruch auf diesen Ort, wo sie nachts nicht einmal schlafen können, weil meist geschossen wird. Selbst diese Leute, die kaum selbst für ihr Essen und das Allernötigste sorgen können, wollen nicht von ihren Ansprüchen auf das Land und ihre Selbstbestimmung lassen.

Soll man auf eine Katharsis-Lösung in diesem Konflikt hoffen, nachdem beide Seiten ihn unter großen Opfern und wachsenden Opferzahlen durchleben? Die möglichen Kompromisslinien sind im Großen und Ganzen bekannt. Wahrscheinlich ist im Augenblick nichts anderes möglich, als durch diese Erfahrung durchzugehen. Die Israelis müssen diese Erfahrung mit Sharon vielleicht machen, um zu begreifen, dass die militärische Option, die Beto-

nung der Stärke, keine Lösung bringen kann. Die vernünftiger Lösung ist im Grunde genommen eine Zwei-Staaten-Lösung, wobei Jerusalem die Hauptstadt für beide Staaten wird und Stadtteile nach jeweiliger Bevölkerungsmehrheit zugeordnet werden. Für den Tempelberg muss man eine Lösung finden, die berücksichtigt, dass beide Völker religiöse Ansprüche auf ihn machen und sich gegenseitig anerkennen müssen.



Uri Avnery, Abed Othman, Inge Günther

Das Flüchtlingsproblem, glaube ich, wird sehr realpolitisch gelöst werden, braucht aber eine prinzipielle Anerkennung der 1948 von Israel vollzogenen Vertreibung, eine Art historischer Entschuldigung.

Ein Ende der Okkupation ist nicht nur notwendig, weil es das Völkerrecht gebietet und weil es aus Sicht der Palästinenser eine gerechte Lösung wäre, sondern auch, weil für Israel wichtig und gut. Die Okkupation bei gleichzeitiger Autonomieverwaltung, die Teilherrschaft über ein anderes Volk, tut Israel nicht gut, kann keinem Staat gut tun. Dabei geht es nicht um einen Akt der Barmherzigkeit, sondern um einen gerechten historischen Ausgleich im Interesse beider Völker.

Uri Avnery, welche konstruktive Rolle kann in dieser Situation die Friedensbewegung noch spielen? Kann man noch etwas bewegen, gibt es noch Einfluss auf die israelische Diskussion?

Uri Avnery: Wenn ich in dieser friedlichen Stadt bin, fühle ich mich fast wie ein Deserteur vom Schlachtfeld. Jeden Tag, beinahe jede Stunde, passieren bei uns zu Hause schreckliche Dinge. Um gegen die Isolierung von Hunderten von Dörfern in Palästina zu protestieren, haben wir vor ein paar Wochen beschlossen, vor einem Dorf demonstrativ die Blockade zu durchbrechen. Wir

waren zwischen 200 und 300 Menschen aus Tel Aviv, Jerusalem, Haifa, darunter ältere Leute, Männer und Frauen teils über 70 Jahre, Jungen aus den Oberschulen, ein, zwei Soldaten in Zivil. Mit Spaten und Schaufeln gingen wir hin, um einen der von Bulldozern aufgeschobenen Gräben zuzuschütten. Eine Einheit der Armee und der Grenzpolizei verwehrte uns den Zugang. Dennoch erreichten wir den Graben und fingen an, ihn zuzuschütten. Als die Armee uns die Spaten wegnahm, haben wir mit bloßen Händen weitergemacht, und es gelang uns tatsächlich, den Graben zuzuschütten. Es hat nicht viel genützt; am nächsten Tag kam natürlich die Armee und hob ihn wieder aus. Aber es war eine Demonstration, die im Fernsehen gezeigt wurde, besonders im arabischen Fernsehen, in der ganzen arabischen Welt. Das war eine kleine, demonstrative Tat für den Frieden, wie sie die israelische Friedensbewegung, bzw. was von ihr übrig ist, alle paar Tage vollbringen kann.

An einem anderen Samstag haben wir mit Einwohnern von Bethlehem gemeinsam die Sperre zwischen Bethlehem und Jerusalem durchbrochen. Von zwei Seiten kommend, wollten wir uns symbolisch in der Mitte treffen. Wir wurden von der israelischen Armee und Grenzpolizei, einer israelischen Sperre, gestoppt. Die andern wurden 200 Meter weiter auf der gegenüberliegenden Seite gestoppt. Irgendwie gelang es, die Sperren zu durchbrechen, und wir trafen uns tatsächlich in der Mitte. Da gab es einen Augenblick von wirklichem Glück: Menschen stürzten aufeinander zu, umarmten und küssten sich. Auch ein paar Europäer waren dabei: Italiener, Holländer, Mitglieder des Europäischen Parlaments. Man sah es im Fernsehen im Land. So etwas soll dazu führen, dass die Hoffnung auf beiden Seiten nicht erlischt und gegenseitige Feindbilder gebrochen werden.

Den anderen Teil unserer Aktivitäten kann das Fernsehen nicht zeigen: Meine Freunde und ich haben beschlossen, einen Blick zurückzuwerfen und beiden Völkern zu erklären, wie es überhaupt zu diesem Konflikt gekommen ist. Denn wenn Leute, die scheinbar guten Willens waren, wie Ministerpräsident *Barak* – eine tragische Figur – oder *Shimon Peres*, gescheitert sind, dann hat es seinen Grund. Deshalb muss man wissen, wie der Konflikt überhaupt entstanden ist. Was bei uns in den letzten 120 Jahren geschehen ist, wird von den beiden Völkern so unterschiedlich beurteilt, dass es kaum dieselben Geschehnisse zu sein scheinen. Darum ist ein Gespräch über diese Dinge zwischen Israelis und Palästinensern fast unmöglich. Sie hören und verstehen gar nicht, was der andere, was die andere Seite sagt, weil dieselben Wörter ganz unterschiedliche Bedeutungen haben.

Und Leute wie Herr Peres, die nach einem Gespräch mit Palästinensern, mit *Arafat*, diesem und jenem Minister, überzeugt sind, ein Abkommen erzielt zu haben, müssen dies am nächsten Tag dementieren, wie kürzlich Präsident *Mubarak* von Ägypten nach einem Gespräch mit Herrn Peres.

Ein historischer Konflikt dieses Ausmaßes lässt sich nicht mit ein paar Worten erklären. *Isaak Deutscher*, ein Historiker, formulierte einmal folgende Analogie: Ein Mensch wohnt in einem oberen Stockwerk eines Hauses. Im Haus bricht ein Feuer aus. Der Mann springt aus dem Fenster, verletzt einen Passanten, und seitdem herrscht ein Konflikt zwischen beiden Menschen. Wer könnte nun entscheiden, wer Recht hat?

Die Zionisten haben am Ende des 19. Jahrhunderts eine große Bewegung ins Leben gerufen, weil in Europa den Juden eine Katastrophe drohte. Niemand dachte bereits an einen Holocaust, aber eine Katastrophe befürchteten viele. Überall in Europa entstanden damals nationale Bewegungen, die mehr oder weniger antisemitisch waren. Der Hofprediger Kaiser Wilhelms II., *Stöcker*, war ein berühmter Antisemit. In Wien wurde mit *Karl Lueger* erstmals ein sehr populärer Bürgermeister gewählt, dessen einziges Programm der Antisemitismus war. Wenn die europäischen Nationen uns nicht wirklich aufnehmen wollen – so dachten viele Juden –, müssen wir uns als eigene Nation statuieren, einen eigenen Staat gründen und unser Schicksal selbst in die Hand nehmen. Da alle historischen Erinnerungen, die jüdische Religion, die jüdische Geschichte überhaupt mit Palästina zu tun hat, wurde beschlossen, in Palästina einen jüdischen Staat zu gründen.

Wir sind in dieser Tradition erzogen worden: Ich kam mit 10 Jahren aus Deutschland nach Palästina. Das war 1933 nach der Machtergreifung. Mir war die Welt vollkommen klar: Wir sind in Palästina, kämpfen für einen jüdischen Staat, um die Juden aus Deutschland und aus ganz Europa zu retten. Wer kann sagen, wir hätten damit nicht Recht gehabt?

Die Palästinenser waren seit mindestens 13 Jahrhunderten, nach anderer Geschichtsauffassung als die Nachkommen der alten Kanaaniter schon 5.000 oder 10.000 Jahre das Volk Palästinas, die Bevölkerung des Landes. Es war ihr Land, und sie sahen sich plötzlich einer Flut fremder Leute gegenüber, die ihren Boden besiedelten. Sie wehrten sich dagegen, wie jedes andere Volk der Welt in so einer Situation es getan hätte.

Selbst einer der frühen zionistischen Führer, *Wladimir Ze'ev Jabotinsky*, vertrat diese Ansicht: Die Palästinenser wehren sich gegen uns, und sie haben das Recht, sich gegen uns zu wehren. Umso entschiedener, meinte er, müsse deshalb eine ›eiserne Wand‹ gegen den arabischen Widerstand errichtet werden. Es gab kein israelisches Entgegenkommen, aber die Anerkennung der Tatsache, dass es ein palästinensisch-arabisches Volk gab, das sein Vaterland verteidigte. Nach dem Zusammenprall beider großer Nationalbewegungen wurde das Unverständnis für einander nicht kleiner, sondern eher größer. Gerade die Geschichte der letzten Monate, in der jede Seite beteuerte, größere Konzessionen als die andere gemacht zu haben und alles versucht zu haben, einen Frieden herbeizuführen, ist ergebnislos geblieben.

Barak behauptete, er sei weiter gegangen als jeder Ministerpräsident vor ihm. Das stimmt, ist aber irrelevant, weil seine Vorschläge weit davon entfernt waren, den minimalsten Forderungen der Palästinenser zu entsprechen. Darum war das Ergebnis der Zeit Baraks mit allen seinen guten Absichten katastrophal. Denn auf israelischer Seite sagte man sich: Seht Barak, der mehr Konzessionen als irgendeiner vor ihm anbot: Wenn er keinen Frieden gebracht hat, dann wollen die Palästinenser keinen Frieden, sie wollen uns ins Meer werfen. Viele Leute aus der Friedensbewegung haben am ersten Tag der *Intifada* mit der Friedensbewegung gebrochen, deren Ende absehbar war.

Auf palästinensischer Seite ist man der Meinung, dass die Israelis offenbar keinen Frieden, sondern den Krieg wollen, wenn ein Mann mit so guten Absichten am Ende nichts vorgeschlagen hat, was für nur einen von ihnen überhaupt annehmbar gewesen wäre. Also verstehen die Israelis nur die Sprache der Gewalt, die deshalb unser einziges Mittel ist.

Inge Günther: Dabei ist die Rolle von *Arafat* nicht unproblematisch, zu der wir *Abed Othman* hören wollen. Hat *Arafat* eine Gelegenheit verpasst? Und wie weit ist *Arafat* überhaupt die Persönlichkeit, die in der Lage wäre, einen historischen Kompromiss zu schließen?

Abed Othman: ›Camp David‹ war für die Palästinenser nie akzeptabel, und ich werde versuchen zu erklären, warum nicht. Nach Pressedarstellungen hat Barak den Palästinensern fast 96% der Westbank angeboten. Zum einen stimmt diese Angabe nicht, denn von diesem Anteil muss man das von Israel beanspruchte Jerusalem, das Jordantal und alle Siedlungen abziehen. Was dann übrig bleibt, sind knapp 70% der Westbank.

Der zweite Punkt ist, dass die Westbank zurzeit in 64 verschiedene Gebiete geteilt ist. Diese Gebiete sind nicht zusammenhängend. Sie sind durch israelische Siedlungen getrennt und durch israelisch kontrollierte Straßen, die zu den Siedlungen führen. Der Plan von Camp David sah vor, aus diesen 64 Teilen vier Gebiete zu formen, die jedoch auch wieder nicht zusammenhängend gewesen wären. Es wäre also kein einheitliches Staatsgebiet entstanden. Hinzu kommt, dass dieser Palästinenserstaat keine Grenzen mit anderen Ländern wie zum Beispiel Jordanien oder Ägypten gehabt hätte. Er wäre nach wie vor von israelischem Gebiet umgeben gewesen, seine Grenzen wären von Israel kontrolliert worden. Auch die Lufthoheit und die Kontrolle über die Wasservorräte in der Region sollten weiterhin von Israel ausgeübt werden, es fehlten also zentrale Merkmale staatlicher Souveränität. Das war für die Palästinenser unannehmbar.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass Barak den Palästinensern in Camp David kein akzeptables Angebot gemacht hat, was das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge betrifft. Das Haupthindernis im Friedensprozess

sind jedoch die israelischen Siedlungen. Zurzeit leben in der Westbank, in Jerusalem und im Gaza-Streifen mehr als 400.000 israelische Siedler. Und die sind nicht bereit, in einem palästinensischen Staat zu leben so wie die Immigranten hier in Deutschland. Sie wollen zu Israel gehören. Keine dieser Siedlungen wurde auf normale Art und Weise gebaut, so wie man sonst Städte plant und baut. Das Land wird konfisziert, die Siedlungen werden unter Militärschutz gebaut und nach der Fertigstellung weiterhin von der Armee geschützt, obwohl alle Siedler bewaffnet sind. Die Siedler schikanieren die Palästinenser fortwährend; sie sind sehr radikal. Ich kenne sehr viele Israelis, die mit diesen Siedlern nicht zusammenleben können, weil sie so radikal sind. So wie manche moslemische Palästinenser nicht mit Fundamentalisten oder Deutsche nicht mit Rassisten zusammenleben wollen. Von den Palästinensern wird aber erwartet, dass sie mit diesen Siedlern zusammenleben.

Nach Angaben der israelischen Friedensbewegung stehen in diesen Siedlungen im Moment rund 9.000 Wohnungen leer. Die Palästinenser befürworten eine jordanisch-ägyptische Initiative, die Israel vorgeschlagen hat, den Siedlungsbau zu stoppen. Das wäre für die Palästinenser ausgesprochen wichtig. Sharon sagt aber ausdrücklich, dass er nicht daran denkt, den Siedlungsbau zu stoppen. Auch Peres hat gestern in einem Brief an Colin Powell den Vorschlag zurückgewiesen, weil ein Stopp des Siedlungsbaus angeblich den palästinensischen Terror belohnen würde.

Wir befürchten, dass die Zahl der Siedler noch weiter zunehmen wird. Denn Sharon hat die Gründung eines Komitees vorgeschlagen, das die Einwanderung von 1 Million Juden aus westlichen Ländern fördern soll. Und wir wissen, dass viele der Einwanderer, die zum Beispiel aus der ehemaligen Sowjetunion oder anderen Ländern kommen, direkt vom Flughafen in die Westbank oder in den Gaza-Streifen gebracht werden. Der Gaza-Streifen ist 10 Kilometer breit und 56 Kilometer lang. Dort leben mehr als 1 Million Palästinenser unter teilweise schwierigsten Umständen in Flüchtlingslagern und etwa 6.500 israelische Siedler, die 20% des Landes beanspruchen. Die Palästinenser brauchen aber das Land, wenn es einen Frieden geben soll. Seit 1974, spätestens aber seit 1988, haben die Palästinenser gesagt: »Wir wollen eine Zwei-Staaten-Lösung, wir wollen Frieden.« Damit haben die Palästinenser auf 78% der Gesamtfläche Palästinas verzichtet. Auf mehr können wir nicht verzichten.

Für die Juden ist der Holocaust das Trauma. Und für uns ist die Heimatlosigkeit unser Trauma geworden. Unser Trauma ist der Transfer, dass man uns aus unserem Land einfach hinauswirft. Die Mehrheit der Palästinenser lebt heute nicht in Palästina, sondern sie sind Flüchtlinge. Israel hat ein weltweit einmaliges Gesetz, wonach Palästinenserinnen und Palästinenser automatisch ausgebürgert werden, wenn sie fünf Jahre lang im Ausland bleiben. Sie dürfen nie mehr zurück nach Palästina, es sei denn als Tourist mit dem

Pass eines anderen Staates. Bei allem Respekt und allem Verständnis für das Leiden des jüdischen Volkes, was wir nicht verstehen, ist, dass Juden aus allen Teilen der Welt ein so genanntes Rückkehrrecht haben, Wohnungen und Unterstützung bekommen, während Palästinenser, die dort geboren sind, nicht zurück dürfen.

Inge Günther: Die palästinensische Position ist nachvollziehbar. Mir scheint aber, in den letzten Monaten hätten auch interne Machtkämpfe eine Rolle gespielt. Es geht um größeren politischen Einfluss, um die Kontrolle bestimmter Gebiete. Die palästinensische Zivilgesellschaft wurde in gewisser Weise militarisiert, und die Guerillagruppen scheinen die Führungsrolle dabei übernommen zu haben.

Abed Othman: Nach 34 Jahren militärischer Besatzung hat man irgendwann die Nase voll. Dieser Punkt war spätestens 1987 erreicht und führte zur ersten Intifada. Damals hatten die Palästinenser weder Kalaschnikows noch Mörser. Sie waren nicht bewaffnet, und dennoch wurden während der ersten Intifada mehr als 1.500 Palästinenser getötet. Zahllose trugen schwere Behinderungen davon. Dann kamen die Verhandlungen von Oslo, und die Menschen waren sehr froh. 1996 war ich nach 19 Jahren das erste Mal wieder in Palästina und habe mit vielen Menschen gesprochen. Sie waren voller Hoffnung. Doch tatsächlich hat sich nach ›Oslo‹ die Lage verschlechtert, die Zahl der Siedler ist um 70% gestiegen. Und hinzu kam – das sagen die Palästinenser auch durchaus laut – eine Korruption, die die Menschen frustrierte.

Aber die Hauptquelle der Frustration ist die Besatzung: Kein Palästinenser kann spontan entscheiden, nach Deutschland oder nach Jordanien zu fahren. Erst muss vom Militär eine Genehmigung eingeholt werden, das Land verlassen zu dürfen, und dann eine weitere, um zurückzukehren. Diese Erniedrigung der Palästinenser darf man nicht unterschätzen.

Natürlich gibt es unter den Palästinensern verschiedene politische Meinungen, zum Beispiel Befürworter und Kritiker der aktuellen jordanisch-ägyptischen Initiative zum Stopp des Siedlungsbaus und anschließender Waffenstillstandsverhandlungen. Aber Sharon und Peres lehnen dies sowieso ab. Dabei ist Arafat eine große Chance für die Israelis. Er ist sehr charismatisch. Wenn überhaupt jemand in der Lage ist, unter diesen Umständen Frieden mit den Israelis zu schließen, dann ist das Arafat. Ich denke, es wird viel schwieriger, nach Arafat einen Frieden zu schließen.

Inge Günther: Manchmal scheint es, als seien Arafat und die palästinensische Führung nicht ganz unglücklich darüber, dass Sharon gegenwärtige Friedensinitiativen ablehnt, weil das den Friedenswillen Israels zweifelhaft macht.

Es geht ja in diesem Konflikt auch darum, wie er in den Medien dargestellt, wie er auf internationaler Ebene bewertet wird.

Bei einem Korrespondenten-Treffen mit Sharon in Jerusalem wurde dieser gefragt, ob er für drei Monate den Siedlungsbau stoppen würde, wenn Arafat von seiner Seite in dieser Zeit für Ruhe sorgen würde. Selbst das lehnte er ab. Wäre Arafat denn in der Lage, für Ruhe zu sorgen?

Abed Othman: Natürlich, Arafat ist der Präsident der Palästinenser, ohne damit gleichzeitig für jeden einzelnen verantwortlich zu sein. Andernfalls würde es heißen, er sei ein Diktator. Die Palästinenser sind einfach müde; sie wollen kein weiteres Blutvergießen. Die meisten Toten sind auf Seiten der Palästinenser. Von den bisher mehr als 15.000 Verletzten werden 2.000 oder 3.000 ihr Leben lang behindert bleiben. Tausende Häuser wurden zerstört. Zwei Drittel der Palästinenser leben zurzeit unter der definierten Armutsgrenze, das bedeutet z.B. im Fall einer Familie mit zwei Erwachsenen und vier Kindern, dass sie weniger als 400 Dollar zur Verfügung haben.

Arafat könnte sicher die Intifada stoppen. Die Initiative der Jordanier und Ägypter ist nicht ohne Rücksprache mit den Palästinensern entstanden.

Sharon hat aber vor kurzem in einem Interview von der Unmöglichkeit eines baldigen Friedensvertrags gesprochen. Und selbst wenn es einen Frieden geben sollte, würde kein Siedler daran gehindert werden zu bleiben.

Die Welt darf Sharon keine Zeit geben und sich nicht davon täuschen lassen, dass Peres in der Regierung ist. Er ist die Kosmetik Sharons. Ich fürchte, die Israelis werden erst aufwachen, wenn Sharon ein Massaker in der Region anrichtet. Aber die Palästinenser können nicht warten, bis die Israelis aufwachen: Wir wollen keine Versuchskaninchen sein.

Uri Avnery: Von den Tausenden von Artikeln und Nachrichten in der israelischen, in der internationalen und auch in der deutschen Presse war nicht eine einzige, die ein gutes Wort über Arafat gesagt hätte. Es ist komisch, dass der Hass, die Angst und die Vorurteile der Israelis gegenüber dem palästinensischen Volk sich auf diese eine Person, auf Arafat, konzentrieren. Arafat ist der Führer einer nationalen Bewegung. Eine nationale Bewegung besteht immer aus vielen Komponenten. Ich kenne keinen einzigen Freiheitskampf in der Welt, in dem nicht innere Zwistigkeiten, Konkurrenzkämpfe, innere Bürgerkriege der Freiheitsbewegung entstanden wären. Die Palästinenser bilden davon keine Ausnahme, aber im Großen und Ganzen sind sie einiger als andere. Arafat ist in einer demokratischen Wahl unter internationaler Kontrolle von einer überwältigenden Mehrheit gewählt worden. Zwar kritisieren alle Palästinenser ihre eigene Führung, aber ich kenne selbst in den Oppositionsparteien keinen Palästinenser, der Arafat absetzen will. Selbst ein einflussreicher Palästinenser wie der Leiter der palästinensischen Delegation

bei den Friedensgesprächen zu Beginn der 90er Jahre, *Dr. Haider Abd-el-Schafi*, ein würdiger alter Arzt, der es Arafat nie vergeben hat, dass dieser hinter seinem Rücken das Oslo-Abkommen geschlossen hat, wird nicht zur Wahl gegen Arafat antreten. Sie wollen keine andere Führung, sondern dass Arafat ihrem Wunsch entsprechend handelt. Arafat ist kein Diktator, er kann es gar nicht sein, denn 3 Millionen Palästinenser leben in Flüchtlingslagern im Ausland. Er ist ein Patriarch, ein Nationalsymbol, er ist der Führer einer patriarchalischen Gesellschaft, einer arabischen, einer palästinensischen Gesellschaft.

Die Antwort auf die Frage, ob Arafat befehlen kann, die Waffen niederzulegen, ist: Wenn das palästinensische Volk bereit ist, einen Waffenstillstand anzunehmen, dann kann Arafat dies befehlen. Wenn das palästinensische Volk überzeugt ist, dass das eine Kapitulation ist, eine Demütigung, dann kann er es nicht.

Die Palästinenser haben in den letzten sieben Monaten über 400 Tote und über 10.000 Verletzte zu beklagen, darunter 100 getötete und Tausende von verletzten Kindern, die Augen oder Arme verloren haben. Arafat kann heute gar nicht sagen: »Wir hören jetzt auf und bekommen nichts dafür als ein Versprechen von Sharon, Friedensverhandlungen aufzunehmen«.

Friedensverhandlungen sind ein Ersatz für den Frieden, wenn sie nicht zu einem Ziel führen können, wie das Oslo-Abkommen. Das war ein ganz schrecklicher Vertrag, aber ist besser als kein Vertrag. Da er zum ersten Mal nach 100 Jahren dazu geführt hat, dass das palästinensische Volk und das Land Israel sich gegenseitig offiziell anerkannt haben, habe ich den Vertrag begrüßt. Wie ging es weiter? Mit *Itzhak Rabin* habe ich 20 Jahre lang über das Palästina-Problem diskutiert. Erst spät rang er sich zu der Einsicht durch, dass es das Interesse Israels ist, mit den Palästinensern einen Frieden zu machen. In seiner letzten Rede in der Knesset, drei Wochen vor seiner Ermordung, sprach er einen unglaublich klingenden Satz, den ich später im stenographischen Protokoll überprüfte. Er sagte: »Wir sind nicht in ein leeres Land gekommen«.

Das war so was Ketzerisches für einen Zionisten, für den es eine Glaubensgewissheit war, dass wir als ein »Volk ohne Land in ein Land ohne Volk« gekommen sind. Rabin hatte sein ganzes Leben lang gegen Palästinenser gekämpft und sich nie darüber Gedanken gemacht, warum diese sich so benehmen. Ich bin nicht gegen Interimsabkommen im Prinzip, aber nur dann dafür, wenn man mehr oder weniger klar vorhersieht, wo es hinführt. Und für die Palästinenser war es klar: Das Oslo-Abkommen muss zu einem Staat Palästina im ganzen Westjordanland und Gaza-Streifen führen. Nach dem Vertragsschluss habe ich mit meinen palästinensischen Freunden in Jerusalem gefeiert. Alle glaubten, es kommt der Frieden, und nach ein, zwei Jahren haben wir einen Palästinastaat.

Rabin dachte wohl an etwas Ähnliches wie Barak, einen Palästinastaat ja, aber zerstückelt in vier, fünf, sechs Enklaven, jede umringt von Siedlern und von Soldaten und abgeschnitten von den Nachbarländern. Das ist die Landkarte von Barak, und das war, nehme ich an, auch die Landkarte von Rabin.

David Lloyd George, der frühere englische Premierminister, hat einmal über die irische Frage gesagt: »Man kann einen Abgrund nicht in zwei Sprüngen überqueren. Wenn man abspringt, dann muss man einen großen Sprung machen.« Es war ein Fehler, dass es nicht so gekommen ist. Nachdem das Vertragsergebnis in kleine Münzen umgewandelt wurde, bekam natürlich jede Münze zwei ganz verschiedene Bedeutungen. Wir haben z.B. eine Woche nach Oslo die Freiheit für alle palästinensischen Häftlinge gefordert, weil sie als Kriegsgefangene entlassen werden müssten. Tausende von palästinensischen Häftlingen wären in ihre Dörfer, in ihre Städte, in ihre Stadtteile zurückgekommen. Was für eine elektrisierende Wirkung das haben würde, für den Frieden! Stattdessen hat man gesagt: »Die Leute haben Blut an ihren Händen ...«. Ich selbst war im Krieg und habe Blut an meinen Händen wie alle. Es liegt aber doch geradezu im Konflikt begründet, dass alle Seiten Blut an den Händen haben und darum den Frieden wollen! Damit das aufhört –, damit man aufhört, Blut an die Hände zu bekommen. Das ist doch die ganze Lebensanstrengung.

Ein Wort noch zur Korruption: Sie lebt ja bekanntlich überall. Aber dieser feine, automatische Zusammenhang, ›Palästinenser und Korruption‹, ist eine Erscheinung der versteckten, rassistischen Idee, die man in der europäischen Kultur Arabern gegenüber hat.

Inge Günther: Gegenwärtig findet eine Art von Zermürbungskrieg statt, und der Preis, den die Palästinenser dabei an Menschenleben, an zerstörten Häusern und anderem zahlen, ist wirklich sehr hoch. Auch auf Seiten der Israelis haben die einzelnen blutigen Vorfälle einen enormen emotionalen Aufruhr zur Folge, aber die Zahl der Opfer wird von vielen noch mit der Zahl der Toten durch Verkehrsunfälle verglichen, und sie fällt niedriger als diese aus.

Bei den Palästinensern ist das Durchhaltevermögen sehr hoch, aber man nähert sich der Grenze des Aushaltbaren. Wenn die Leute hungern, wenn jede Familie ein Todesopfer oder einen Verletzten, Schwerverletzten, Behinderten zu beklagen hat, dann sind die Verluste wirklich sehr hoch. Die Israelis verlieren ebenfalls viel. Unter den Palästinensern ist eine Tendenz hin zur Radikalisierung zu beobachten, die eine künftige Zwei-Staaten-Lösung gefährden kann. Noch ist es eine Minderheit, die auch Haifa und Jaffa will, aber sie wächst.

Abed Othman: Ich glaube nicht, dass sich die palästinensische Gesellschaft in dieser Weise radikalisiert. Es ist Konsens in Palästina, dass wir den Frieden

wollen. Aber wir wollen endlich unseren Staat haben. Die Radikalisierung findet auf der israelischen Seite statt. In der israelischen Regierungskoalition gibt es eine Partei, die in ihrem Programm offen den Transfer der Palästinenser fordert. Das ist eine rechtsradikale Partei, die *Haider* in Österreich und ähnliche rechtsradikale Parteien in Europa in den Schatten stellt.

In Israel gibt es kaum noch eine Friedensbewegung; Uri Avnery ist eine Ausnahme. Das Friedenslager auf der israelischen Seite ist zerschlagen. Die Palästinenser leben unter einer Besatzung, und niemals gab es ein Volk, das Frieden mit seinen Besatzern schloss. Versöhnung und Frieden kann es erst geben, nachdem die Besatzungsmacht gegangen ist. Sie können nicht von uns erwarten, dass wir Versöhnung und Frieden anbieten, solange uns israelische Militärstiefel niedertreten.

Inge Günther: Uri Avnery, welche Chance sehen Sie, diesem Kreislauf von Gewalt und Eskalation zu entkommen?

Uri Avnery: Wir müssen scheinbar noch viel mehr Gewalt erleben, bevor eines der beiden Völker, oder beide, zu der Überzeugung kommen, einen neuen Weg suchen zu müssen. Eine Meinungsumfrage der größten Zeitung in Israel ergab kürzlich, dass 80% der jüdischen Israelis Ariel Sharon ihr Vertrauen bekundet haben – 20% der israelischen Staatsbürger sind arabisch. In der gleichen Meinungsumfrage sagten 40% der jüdischen Israelis: Wir sind bereit, alle Siedlungstätigkeiten einzustellen, wenn es zu einem Waffenstillstand kommt. Wie geht das zusammen? Ariel Sharon ist der Mann, der diese Siedlungen errichtet hat. Kein Mensch hat mehr zu ihrer Errichtung beigetragen. Er wird nicht einen einzigen Tag die Siedlungstätigkeit einstellen und keine einzige Siedlung aufgeben. Das Volk will aber, dass dieser Sharon eine Politik betreibt, die das Gegenteil dessen ist, was Ariel Sharon will: Das ist das Bild einer etwas verwirrten Gesellschaft.

›Siedlung‹ ist die Bezeichnung all dessen, was in den besetzten palästinensischen Gebieten errichtet worden ist: drei, vier ziemlich große Städte mit Zehntausenden von Einwohnern und viele Dutzende winziger Siedlungen mit 120 bis 150 Einwohnern. Jetzt, wo auf allen Straßen in den besetzten Gebieten geschossen wird und die Leute nur in Konvois, begleitet von Panzerwagen, fahren, muss jede dieser kleinen Siedlungen von einem Bataillon israelischer Soldaten beschützt werden. Von außen sehen sie aus wie ein Konzentrationslager, umgeben von Stacheldraht und Wachttürmen, eine Festung in der Siedlung. Und 1.000 israelische Soldaten sind beschäftigt und setzen ihr Leben auf's Spiel, um diese Siedlung zu beschützen. Das wird eines Tages den Leuten zuviel werden, denn jeder dieser Soldaten hat eine Mutter, und viele Soldaten haben Frau und Kinder. Die Siedler sind nicht populär in Israel.

Wie man dem ein Ende setzen kann? Zunächst sollte eine internationale Friedenstruppe aufgestellt und nach Palästina entsandt werden. Deutschland sollte sich als Teil der Europäischen Gemeinschaft dafür einsetzen. Fast 500 israelische Intellektuelle haben mit einer Petition an die Internationale Gemeinschaft diese Forderung erhoben. Zweitens muss Israel einen angemessenen Termin für die Beendigung der Besatzung festlegen, ganz egal was passiert. Drittens müssen Verhandlungen wieder aufgenommen werden, die nicht in der Luft schweben, sondern konkrete Regelungen zum voraus abgesprochenen Ziel haben: Die Gründung eines Staates »Palästina« auf dem Westufer des Jordan und im Gaza-Streifen mit Ost-Jerusalem als seiner Hauptstadt, und West-Jerusalem als der Hauptstadt Israels.

Über den Tempelberg ist, wie ich glaube, kein Kompromiss möglich. Kein arabischer, palästinensischer oder sonst muslimischer Führer könnte einen Verzicht auf den Tempelberg unterschreiben. Der Tempelberg muss den palästinensischen Behörden übergeben werden. Israel sollte dafür die Klagemauer, die Westmauer des Tempels, zugesprochen bekommen, obwohl dieser eigentlich zum arabischen Bezirk gehört. Die alten, bis 1967 zwischen Israel und der arabischen Welt bestehenden Grenzen, die so genannte »Grüne Linie«, sollte wieder gelten. Kleine, begrenzte Bodenaustausche sind möglich, um vielleicht einige dieser Siedlungen an Israel abzugeben und dafür Gebiet an Palästinenser abzugeben, um dort Flüchtlinge ansiedeln zu können.

Publikum: Die Voraussetzung dafür, dass die UNO bei der Lösung dieses Konflikts eine Rolle spielen kann, wäre eine positive Haltung der USA dazu, die bisher immer die israelische Seite gestärkt, stabilisiert und abgesichert hat. Das liegt nicht nur am israelischen Einfluss auf Amerika. *Keine* der US-Regierungen wollte einen echten Frieden in der Region, weil die amerikanischen Regionalinteressen mit einem schwelenden Konflikt in der Region sehr gut übereinstimmten. Die Ölversorgung ist paradoxerweise stabil geblieben. Die US-Rüstungsindustrie exportiert massiv dorthin. Amerika ist aus innen- und außenpolitischen Gründen nicht willens, den Konflikt zu lösen, und von daher wächst der Europäischen Union eine besondere Rolle zu. Sie sollte sich nicht hinter den USA verstecken. Die Europäer haben eine sehr wichtige Funktion, hier voranzugehen. Von daher, wir sind Bestandteil dieses Konflikts, auch die deutsche Bundesregierung.

Publikum: Das palästinensische Volk erlebt eine Katastrophe, und solange man dies nicht begreift, kommt man einem Verständnis des Konflikts nicht näher. Wenn aber nun Kinder verhungern, so kann niemand erwarten, dass man dort gegenüber der Besatzungsmacht kuscht. Ausgehend vom Selbstbestimmungsrecht der Völker wäre zu fragen, warum nicht die UNO oder die NATO wie in Bosnien und im Kosovo in den Bürgerkrieg, der eine Form des

Rassismus ist, eingreift und die dort angestrebte ethnische Verdrängung verhindert. Die Existenz Israels als eines normalen Staat wird von den Palästinensern nicht mehr in Frage gestellt – warum haben die Israelis dennoch soviel Angst vor den Arabern?

Publikum: Herr Othman, warum lehnte *Arafat* das von *Clinton* vermittelte Abkommen ab, das den Abbau vieler israelischer Siedlungen und für den Tempelberg eine palästinensische Verwaltung vorsah?

Uri Avnery: Die Grundfrage ist, warum beide Völker so nationalistisch sind und warum so wenig vorstellbar ist, dass beide oder eines von ihnen auf ihren Nationalismus verzichten werden. Nun hat auch kein anderes Volk jemals auf seinen Nationalismus verzichtet. Nirgends gibt es ein Land, in dem zwei verschiedene Völker in einem Staat wirklich friedlich miteinander leben. Selbst in Kanada verlangt die Mehrheit der französischen Kanadier den eigenen Staat, ganz zu schweigen von Wallonen und Flamen in Belgien. Wir haben einen Nachbarn: *Zypern* ist eine Insel, auf der seit langer Zeit Griechen und Türken leben, nicht miteinander, aber gemeinsam. In Zypern hat man nach dem Befreiungskrieg eine wunderbare binationale Konstitution verfasst, von der Rechtsgelehrte der ganzen Welt lernen könnten. Leider hat diese Verfassung nicht einen einzigen Tag funktioniert.

Als nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa Einigungsbestrebungen aufkamen, diskutierte man die Alternative ›Vereinigte Staaten Europas‹ gegenüber der eines ›Europa der Vaterländer‹. Letzteres, auch die Auffassung *de Gaulles*, setzte sich damals durch. Wenn heute aber Kanzler *Schröder* vorschlägt, langsam zu den ›Vereinigten Staaten von Europa‹ zu kommen, so bin ich sehr dafür. Und wenn dies eine beispielhafte Entwicklung wäre: Warum sollte dann das palästinensische Volk – wie beinahe alle anderen Völker der Welt – nicht das Recht bekommen, den eigenen Staat, seine eigene Nationalität, die eigene Fahne zu haben? Dass wir schnellstmöglich das Stadium von zwei nationalen Staaten durchmachen müssen, ist vollkommen klar.

Amerika ist dabei seit Jahrzehnten ein ausschlaggebender Faktor für Frieden oder Konflikt im Nahen Osten. Viele Jahre lang tat Amerika nicht nur nichts für den Frieden, sondern sabotierte ihn. Was Amerika heute will und woran es heute interessiert ist, ist nicht so klar. Amerika hat uns ebenso benutzt wie die Palästinenser. Alle sind abhängig von Amerika. Alle kaufen, die Araber verkaufen ihr Erdöl sehr billig an die Europäer und an Amerika. Für den Erlös kaufen sie Eisen, Waffen genannt, die in Saudi-Arabien nach drei, vier Jahren verrosten und nutzlos herumstehen.

Die Palästinenser setzen – besonders, wenn es um den Tempelberg geht – einen Teil ihrer Hoffnung darauf, dass mit der Eskalation der Gewalt unter den Arabern tiefste Emotionen freierwerden und eine Empörung in den arabi-

schen Ländern eines Tages die proamerikanischen Regimes im Nahen Osten – Präsident *Mubarak* in Ägypten, König *Abdallah* in Jordanien und selbst die syrische Herrschaft – von unten bedrohen könnten. Daraufhin würden die USA von diesen Regimes gebeten werden, zu ihrer Rettung zu intervenieren. Daraus könnten tatsächlich positive Resultate entstehen.

Die beiden einzigen Friedensinitiativen für den Nahen Osten in den letzten 50 Jahren: das Abkommen mit *Sadat* in Ägypten und das Oslo-Abkommen, sind beide hinter dem Rücken der Amerikaner zustande gekommen. Die Amerikaner haben von ›Oslo‹ erfahren, als das Abkommen fertig war; ebenso wenig hatten sie etwas mit der *Sadat*-Friedensinitiative zu tun.

Zur Angst der Israelis: Ich verweise dazu immer wieder auf folgendes, von mir geprägte Wort: »Es ist irrationell, das Irrationelle in der Politik zu ignorieren. Es ist rationell, das Irrationelle anzuerkennen.« Denn immer geht es um Menschen, um Millionen von Menschen, die keineswegs immer rationell denken. In Israel gibt es eine starke Holocaust-Erinnerung, verbunden mit den jüdischen Erfahrungen und Verfolgungen im Laufe der Jahrhunderte im christlichen Europa, die weit schlimmer waren als im muslimischen Osten. Diese Erinnerung an den Holocaust liegen sehr dicht unter der Oberfläche. Furchtbar eindrucksvoll sind übrigens die Bilder von *Felix Nussbaum* hier im Felix-Nussbaum-Haus. Eine Holocaust-Stimmung vermittelt die Architektur dieser Gedenkstätte zusätzlich. Wenn mein Vater nicht 1933 Deutschland verlassen hätte, hätte mir ein Schicksal wie das Felix Nussbaums gedroht – diesen Gedanken kennt jeder Jude.

Palästina war während des Weltkrieges ziemlich sicher, das Kriegsgeschehen war weit entfernt. Aber jeder von uns weiß, wenn Hitler, wenn die Wehrmacht, ihn erreicht hätte, wäre er vernichtet worden. Dieses Wissen ist im Bewusstsein oder im Unterbewusstsein jedes jüdischen Menschen eingeschrieben. Und darum gibt es die Angst, obgleich Israel heute eine turmhoch überlegene Militärmacht ist, die den Palästinensern auch wirtschaftlich weit voraus ist. Das Sozialprodukt der Palästinenser beträgt ein Viertel des Sozialprodukts der Israelis. So gibt es in unserem Volksbewusstsein einerseits ein Gefühl von Überlegenheit, Überheblichkeit und sogar Arroganz und gleichzeitig eine Existenzangst, die man rationell nicht erklären kann, sondern wohl nur psychologisch.

Abed Othman: Was die Angst der Israelis angeht: Zunächst einmal haben wir Palästinenser mit dem Holocaust so wenig zu tun wie die Chinesen – wir sind nicht verantwortlich dafür. Es gibt unter den Palästinensern viele, die Verständnis für die Ängste der Juden haben, aber auch wir haben ein Trauma. Während die Israelis ihr Trauma vor dem Hintergrund ihrer Geschichte haben, ist unsere Angst, vertrieben zu werden, aktuell.

Nun zur Frage, warum Arafat das von Clinton vermittelte Friedensabkommen abgelehnt hat: Ich habe bereits einige Gründe genannt, ausschlaggebend war sicher auch, dass es ein endgültiges Friedensabkommen sein sollte und spätere Verhandlungen nicht möglich gewesen wären. Die entscheidenden Punkte wurden in diesem Abkommen jedoch ausgeklammert, nämlich die Frage der Siedlungen, der Status von Jerusalem, der Zugang zu Wasser, die staatliche Souveränität und die Frage der Flüchtlinge. Es gibt in Palästina einen sehr populären Witz, der die Ängste der Palästinenser zeigt: Am jüngsten Tag kommt der Erzengel Gabriel zum lieben Gott und sagt: Die Palästinenser sind da. Was soll ich mit ihnen machen? Da sagt der liebe Gott: Sie haben schon genug gelitten, schicke sie ins Paradies. Kurz darauf kommt der Erzengel zurück und sagt: Das Paradies ist voll. Darauf sagt der liebe Gott: Dann schick sie in die Hölle. Der Erzengel kommt zurück und sagt: Die Hölle ist auch voll. Was soll ich machen? Da sagt der liebe Gott: Bau ihnen ein Flüchtlingslager, bis wir eine Lösung finden!

Inge Günther: Ich möchte noch einmal auf die individuelle, die menschliche Seite aufmerksam machen, wo jenseits der großen politischen Fronten viele Zwischentöne erkennbar sind. Eine christliche Palästinenserin aus einem Ort südlich von Jerusalem, der zur Vergeltung für einzelne Schüsse auf die Siedlung unter starkem israelischen Beschuss stand, erzählte mir von ihrer Mutter, die den bewaffneten palästinensischen Kämpfern gegenübertrat und ihnen sagte: »Warum schießt Ihr auf die israelischen Soldaten, die mit Vergeltungsschlägen antworten werden? Die Israelis werden mich dann töten, also bitte ich Euch, erschießt mich gleich und gewährt mir einen gnädigen Tod«.

So ist manches, was in diesem Konflikt zu hören ist, nicht immer eindeutig der einen oder der anderen Seite zuzurechnen. Ich habe in den letzten Monaten viel mit einfachen Leuten gesprochen und habe großen Respekt vor dem Stehvermögen der Palästinenser, vor ihrem Märtyrertum. Angesichts des herrschenden Elends und des Preises, den das alltägliche Leben erfordert, ist der Anspruch, sich der Besatzungsmacht nicht zu unterwerfen, aber kaum zu vertreten. Deshalb muss man sich wünschen, dass wirklich dringend nach Lösungen gesucht wird, und dabei sollte sich – mit deutscher Beteiligung – die EU bemühen, eine wichtige Rolle zu übernehmen.